

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort des Nationalratspräsidenten	V
Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX
Einführung	1

Geschäftsordnungsgesetz 1975

I. Eröffnung und Bildung des Nationalrates	43
§ 1. Wahlscheine und Legitimationen	43
§ 2. Verlust des Mandates	44
§ 3. Einberufung und Zusammentritt des neugewählten Nationalrates	54
§ 4. Angelobung der Abgeordneten	56
§ 5. Wahl der Präsidenten, Schriftführer und Ordner	57
§ 6. Dauer des Amtes des Präsidenten und des Hauptaus- schusses; Verhinderung der gewählten Präsidenten ...	59
§ 7. Bildung von Klubs	61
§ 8. Präsidialkonferenz	71
II. Allgemeine Rechte und Pflichten der Abgeordneten	76
§ 9. Sitz und Stimme im Nationalrat	76
§ 10. Immunität der Abgeordneten	78
§ 11. Pflichten der Abgeordneten; Verhinderung von Abgeordneten	92
§ 12. Funktionsbezeichnungen in weiblicher Form	94
III. Aufgaben der Präsidenten, Schriftführer und Ordner	95
§ 13. Allgemeine Aufgaben des Präsidenten	95
§ 14. Hausrecht und Haushaltsführung; Parlaments- direktion; Veröffentlichungen	106
§ 15. Vertretung des Präsidenten	115
§ 16. Aufgaben der Schriftführer	118
§ 17. Aufgaben der Ordner	118

IV. Allgemeine Rechte und Pflichten der Mitglieder der Bundesregierung, des Präsidenten des Rechnungshofes sowie der Mitglieder der Volksanwaltschaft sowie Stellung sonstiger Personen	119
§ 18. Teilnahme der Mitglieder der Bundesregierung und der Staatssekretäre an den Verhandlungen	121
§ 19. Wortmeldung von Mitgliedern der Bundesregierung und Staatssekretären in den Verhandlungen	127
§ 19 a. Rederecht für herausragende Persönlichkeiten sowie für Mitglieder des Europäischen Parlaments	130
§ 20. Teilnahme des Präsidenten des Rechnungshofes sowie der Mitglieder der Volksanwaltschaft an den Verhandlungen; Wortmeldung derselben	133
§ 20 a. Teilnahme und Rederecht der Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission bei Ausschussverhandlungen	135
§ 20 b. Verlangen auf Anwesenheit des Leiters eines nach Art 20 Abs 2 B-VG weisungsfreien Organs und dessen Befragung im Ausschuss	137
§ 20 c. Teilnahme des stellvertretenden österr. Mitglieds im ESM-Gouverneursrat und der österr. Mitglieder des ESM-Direktoriums an den Verhandlungen in den Ständigen Unterausschüssen gemäß § 32 f.	139
V. Gegenstände der Verhandlung	140
§ 21. Gegenstände der Verhandlung	140
§ 22. Sachliche Immunität	156
§ 23. Vervielfältigung und Verteilung von Vorlagen; Bekanntgabe in den Sitzungen des Nationalrates	158
§ 23 a. Elektronische Verteilung, Parlamentssignatur	165
§ 24. Vorrang von Volksbegehren	171
§ 25. Änderung und Zurückziehung von Vorlagen der Bundesregierung oder einzelner ihrer Mitglieder	174
§ 26. Selbständige Anträge von Abgeordneten	176
§ 26 a. Subsidiaritätsklage	182
§ 26 b. Antrag auf Ablehnung / Passerelle	187
§ 27. Selbständige Anträge von Ausschüssen	189
§ 28. Bedeckungsvorschläge bei Selbständigen Anträgen ...	194
Va. Verkürztes Verfahren	195
§ 28 a. Verfahren ohne Ausschussvorberatung	195
§ 28 b. Enderledigung von Berichten durch Ausschüsse ...	196

VI. Bildung der Ausschüsse und Geschäftsbehandlung in deren Sitzungen	202
§ 29. Hauptausschuss	202
§ 30. Wahl des Hauptausschusses	208
§ 31. Ständige Unterausschüsse des Hauptausschusses	211
§ 31 a. Anträge gemäß § 29 Abs 2 lit a und g	213
§ 31 b. Ernennungsvorschläge, EU-Vorhaben, EU-Daten- bank, klassifizierte Unterlagen, EU-Informationsgesetz, Informationsordnungsgesetz	214
§ 31 c. Verfahrensbestimmungen für den Hauptausschuss und den Ständigen Unterausschuss in EU-Angelegen- heiten	225
§ 31 d. Verfahrensbestimmungen für den Hauptausschuss und den Ständigen Unterausschuss in EU-Angelegen- heiten	238
§ 31 e. Ständiger Unterausschuss in EU-Angelegenheiten – Delegationsbeschluss – Komitee	246
§ 31 f. Dokumentenanfrage	249
§ 32. Wahl der Ausschüsse zur Vorberatung von Verhand- lungsgegenständen; Veränderungen im Stärkeverhält- nis der Klubs; Vertretung von Ausschussmitgliedern ..	254
§ 32 a. Budgetausschuss und dessen Ständige Unteraus- schüsse	263
§ 32 b. Ständige Unterausschüsse zur Überprüfung staats- polizeilicher und nachrichtendienstlicher Maßnahmen	268
§ 32 c. Auskunftserteilung durch die Bundesregierung	269
§ 32 d. Einberufung und Verfahren der Ständigen Unter- ausschüsse gem § 32 b	271
§ 32 e. Ständiger Unterausschuss des Rechnungshofaus- schusses	275
§ 32 f. Ständige Unterausschüsse des Budgetausschusses in Angelegenheiten des ESM	278
§ 32 g. Einberufung, Tagesordnung und Redezeitbeschrän- kung in den Ständigen Unterausschüssen in Angelegen- heiten des ESM	281
§ 32 h. Ermächtigungsvorbehalte und Dringlichkeitsverfah- ren im Ständigen Unterausschuss in ESM-Angelegen- heiten	283
§ 32 i. Stellungnahmerechte des Ständigen Unterausschusses in ESM-Angelegenheiten	287
§ 32 j. Verfahrensbestimmungen für die Ständigen Unterausschüsse in Angelegenheiten des ESM	290
§ 32 k. Verfahrensbestimmungen, Ermächtigungsvorbehalte und Stellungnahmerechte des Ständigen Unteraus- schusses in Sekundärmarktangelegenheiten-ESM	293

Inhaltsverzeichnis

§ 33. Untersuchungsausschüsse	295
§ 34. Konstituierung der Ausschüsse, Aufgaben der Obmänner, Aussprache über aktuelle Fragen	306
§ 35. Einsetzung und Verfahren der Unterausschüsse	317
§ 35 a. Berichterstattung der Unterausschüsse; Fristsetzung für die Berichterstattung an den Ausschuss	322
§ 36. Pflichten der Ausschuss(Unterausschuss)mitglieder; Erlöschen des Ausschuss(Unterausschuss)mandates ..	324
§ 37. Teilnahme an den Ausschuss(Unterausschuss)verhand- lungen	326
§ 37 a. Öffentlichkeitsbestimmungen für Ausschüsse	334
§ 38. (Unter-)Ausschussprotokolle	341
§ 39. Veröffentlichungen über Ausschuss(Unterausschuss)- verhandlungen; auszugsweise Darstellung der Verhandlungen	344
§ 40. Erhebungen sowie Beiziehung von Sachverständigen und anderen Auskunftspersonen; Besichtigungen an Ort und Stelle	348
§ 41. Verfahrensbestimmungen für Ausschüsse und Unterausschüsse	352
VII. Berichterstattung der Ausschüsse	361
§ 42. Schriftliche Ausschussberichte und Minderheitsbe- richte sowie persönliche Stellungnahmen	361
§ 43. Fristsetzung zur Berichterstattung; kurze Debatte über einen solchen Antrag	368
§ 44. Verhandlung der Ausschussberichte im Nationalrat ..	373
§ 45. Mündliche Berichte über die Tätigkeit von Untersu- chungsausschüssen	377
VIII. Tagungen und Sitzungen des Nationalrates	378
§ 46. Tagungen des Nationalrates	378
§ 47. Öffentlichkeit der Sitzungen, Ausschluss derselben ...	386
§ 48. Beschlussfähigkeit	389
§ 49. Eröffnung der Sitzungen und Mitteilungen; Änderung der Tagesordnung	391
§ 50. Einberufung der Sitzungen; Einwendungen gegen die Tagesordnung	395
§ 51. Amtliche Protokolle	399
§ 52. Stenographische Protokolle	402
IX. Allgemeine Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates	405
§ 53. Durchführung der Debatten, Abänderungs- und Zusatzanträge, Vertagung, Rückverweisung und Übergang zur Tagesordnung	405

§ 54. Fristsetzung bei Rückverweisung an den Ausschuss . . .	416
§ 55. Unselbständige Entschließungsanträge	417
§ 56. Antrag auf Schluss der Debatte	422
§ 57. Redezeit	425
§ 57 a. Kurze Debatten	436
§ 57 b. Kollisionsnorm für Debatten	438
§ 58. Tatsächliche Berichtigung und Erwiderung auf eine solche	441
§ 59. Anträge und Wortmeldungen zur Geschäftsbehand- lung; Debatte darüber	444
§ 60. Wortmeldungen und Reihenfolge der Debattenredner	455
§ 61. Präsident als Debattenredner	459
§ 62. Rednerplätze	460
§ 63. Redner; Schlusswort des Berichterstatters	461
§ 64. Ausübung des Stimmrechtes	464
§ 65. Reihung der Abstimmungen; Einwendungen dagegen; getrennte Abstimmung	464
§ 66. Art und Weise der Abstimmungen; namentliche und geheime Abstimmung	467
§ 67. Vertagung von Abstimmungen	474
§ 68. Teilnahme des vorsitzführenden Präsidenten an Abstimmungen; Verbot der Stimmenthaltung	476
X. Besondere Bestimmungen über die Behandlung von Gesetzesvorschlägen	477
§ 69. Gesetzesvorschläge; erste Lesung	477
§ 70. Zweite Lesung	482
§ 71. Generaldebatte	483
§ 72. Spezialdebatte	484
§ 73. General- und Spezialdebatte unter einem	487
§ 74. Dritte Lesung	488
Xa. Dringlicher Antrag	490
§ 74 a. Dringlicher Antrag	490
Xb. Besondere Bestimmungen zur Erörterung von EU-Themen	494
§ 74 b. Erörterung von EU-Themen	494
Xc. Besondere Bestimmungen für die Mitwirkung des Nationalrates in Angelegenheiten des Europäischen Stabilitätsmechanismus	501
§ 74 c. Mitwirkung des Nationalrates in Angelegenheiten des ESM	501
§ 74 d. Ermächtigungsvorbehalte und Dringlichkeits- verfahren in Angelegenheiten des ESM	504

§ 74 e. Gegenstände der Verhandlung in Angelegenheiten des ESM	506
§ 74 f. Vervielfältigung, Verteilung und Zuweisung von Vorlagen in Angelegenheiten des ESM	509
§ 74 g. Informationssicherheit und Unterrichtungspflichten in Angelegenheiten des ESM	512
XI. Besondere Bestimmungen über die Behandlung anderer Verhandlungsgegenstände	514
§ 75. Selbständige Anträge, die keine Gesetzesvorschläge enthalten	514
§ 76. Vorlagen der Bundesregierung, die keine Gesetzesvorschläge enthalten	518
§ 77. Einsprüche des Bundesrates	528
§ 78. Berichte an den Nationalrat im Allgemeinen	530
§ 79. Bundesrechnungsabschlüsse und Berichte des Rechnungshofes	531
§ 80. Immunitätsangelegenheiten	536
§ 81. Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung; Debatte darüber	545
XII. Beschlüsse und Wahlen	547
§ 82. Beschlusserfordernisse	547
§ 83. Beschlussausfertigungen	552
§ 84. Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss	554
§ 85. Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung	555
§ 86. Anfechtung eines Bundesgesetzes	556
§ 87. Wahlen im Allgemeinen	558
§ 88. Wahlen mit Stimmzetteln	566
XIII. Anfragen	568
§ 89. Schriftliche Anfragen an den Präsidenten und die Ausschussobmänner	568
§ 90. Fragerecht zur Überprüfung der Geschäftsführung der Bundesregierung	570
§ 91. Schriftliche Anfragen an die Bundesregierung oder eines ihrer Mitglieder	577
§ 91 a. Schriftliche Anfragen an den Präsidenten des Rechnungshofes	586
§ 92. Besprechung einer Anfragebeantwortung	587
§ 93. Dringliche Behandlung einer schriftlichen Anfrage	590
§ 94. Mündliche Anfragen	595
§ 95. Zulässigkeit und Reihung von mündlichen Anfragen	599
§ 96. Verfahren in der Fragestunde	601
§ 97. Schriftliche Beantwortung mündlicher Anfragen	605

XIII a. Aktuelle Stunde	607
§ 97 a. Aktuelle Stunde	607
XIV. Parlamentarische Enqueten und Enquete-Kommissionen ..	611
§ 98. Beschluss auf Abhaltung einer Enquete bzw. Einsetzung einer Enquete-Kommission; Verfahrensbestimmungen für die Enquete-Kommission und abschließender Bericht derselben	611
§ 98 a. Verfahrensbestimmungen für die Enqueten, Steno- graphisches Protokoll und andere Veröffentlichungen darüber	617
XV. Prüfungsaufträge an den Rechnungshof	620
§ 99. Aufträge zur Durchführung besonderer Akte der Gebarungsprüfung	620
XVI. Parlamentarische Petitionen und parlamentarische Bürgerinitiativen	625
§ 100. Petitionen und Bürgerinitiativen: Einbringung, Zuweisung, Vervielfältigung und Verteilung	625
§ 100 a. Verfahren im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen	629
§ 100 b. Besprechung des Einlaufes und spezielle Verfahrens- bestimmungen	630
§ 100 c. Berichterstattung an den Nationalrat und Verhand- lung im Plenum	633
§ 100 d. Erteilung von Auskünften durch die Parlaments- direktion	635
XVII. Ordnungsbestimmungen	635
§ 101. Ruf zur Sache	635
§ 102. Ruf zur Ordnung	639
§ 103. Verlangen nach dem Ruf „zur Sache“ oder „zur Ordnung“ und nachträglicher Ordnungsruf . . .	644
§ 104. Unterbrechung eines Redners durch den Präsidenten	645
§ 105. Verhandlungssprache	646
§ 106. Verlangen von Mitgliedern außerhalb einer Sitzung ..	647
§ 107. Berechnung von Fristen	648
XVIII. Schlussbestimmungen	653
§ 108. Änderung dieses Gesetzes	653
§ 108 a. Verweis auf andere Gesetze	654
§ 109. Inkrafttreten dieses Gesetzes	654

Anlage 1: Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse

Inhaltsverzeichnis	662
§ 1. Antrag und Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses	663
§ 2. Kurze Debatte über einen Antrag oder ein Verlangen	667
§ 3. Beratung und Beschlussfassung im Geschäftsordnungsausschuss	668
§ 4. Einsetzung und Konstituierung eines Untersuchungsausschusses	672
§ 5. Vorsitz	677
§ 6. Aufgaben des Vorsitzenden	681
§ 7. Bestellung des Verfahrensrichters und des Verfahrensanwaltes	684
§ 8. Voraussetzungen für die Ernennung und Stellung als Verfahrensrichter	686
§ 9. Aufgaben des Verfahrensrichters	689
§ 10. Voraussetzungen für die Ernennung und Stellung als Verfahrensanwalt	694
§ 11. Aufgaben des Verfahrensanwaltes	696
§ 12. Beratung über Hinweise des Verfahrensrichters oder des Verfahrensanwaltes	700
§ 13. Bestellung und Beauftragung des Ermittlungsbeauftragten	702
§ 14. Rechte und Pflichten des Ermittlungsbeauftragten	703
§ 15. Sonstige teilnahmeberechtigte Personen	707
§ 16. Sitzungen des Untersuchungsausschusses	708
§ 17. Medienöffentliche und vertrauliche Sitzungen	710
§ 18. Beratungen des Untersuchungsausschusses	714
§ 19. Protokollierung	715
§ 20. Veröffentlichungen	717
§ 21. Informationssicherheit	720
§ 22. Beweisaufnahme	723
§ 23. Beweismittel	725
§ 24. Grundsätzlicher Beweisbeschluss	726
§ 25. Ergänzende Beweisanforderungen	733
§ 26. Unterrichtung über Beweisbeschlüsse und ergänzende Beweisanforderungen	735
§ 27. Vorlage von Beweismitteln	736
§ 28. Ladung von Auskunftspersonen mit Beschluss	741
§ 29. Ladung von Auskunftspersonen auf Verlangen	742
§ 30. Inhalt der Ladung und Festlegung der Reihenfolge der Befragungen	744
§ 31. Schriftliche Äußerungen	747
§ 32. Ausfertigung der Ladung	748
§ 33. Rechte und Pflichten von Auskunftspersonen	749
§ 34. Unzulässigkeit der Befragung als Auskunftsperson	754

§ 35. Aussagepflicht von öffentlich Bediensteten und Verständigung der Dienstbehörde	755
§ 36. Folgen des Ausbleibens von Auskunftspersonen	755
§ 37. Befragung von Auskunftspersonen	758
§ 38. Belehrung der Auskunftspersonen	760
§ 39. Einleitende Stellungnahme und Erstbefragung	762
§ 40. Worterteilung bei Befragungen	763
§ 41. Zulässigkeit von Fragen an Auskunftspersonen	764
§ 42. Verwendung von Akten und Unterlagen	768
§ 43. Aussageverweigerungsgründe	769
§ 44. Aussageverweigerung bei Beiziehung als Urkundsperson	774
§ 45. Glaubhaftmachung der Gründe für die Aussageverweigerung ..	774
§ 46. Vertrauensperson	776
§ 47. Beweis durch Sachverständige	778
§ 48. Bestellung zum Sachverständigen	779
§ 49. Einsichtnahme in Akten und Unterlagen durch Sachverständige	781
§ 50. Augenschein	783
§ 51. Berichterstattung	783
§ 52. Mündliche Berichterstattung	790
§ 53. Dauer und Beendigung	792
§ 54. Ordnungsbestimmungen	799
§ 55. Beugemittel	808
§ 56. Zuständigkeit und Verfahren des Bundesverwaltungsgerichts	809
§ 57. Parlamentarische Schiedsstelle	811
§ 58. Rücksichtnahme auf die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden	813
§ 59. Kostenersatz für Auskunftspersonen und Vertrauenspersonen	816
§ 60. Kostenersatz für Verfahrensrichter, Verfahrensanwalt und Ermittlungsbeauftragte	819
§ 61. Kostenersatz für Sachverständige	820

Anlage 2: Bestimmungen für die Unterrichtung und den Umgang mit Vorlagen, Dokumenten, Berichten, Informationen und Mitteilungen im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus

§ 1. Unverzögliche Unterrichtung in Angelegenheiten des ESM	822
§ 2. Nachträgliche Unterrichtung in Angelegenheiten des ESM	823
§ 3. Schriftliche Information	824
§ 4. Formelle Angaben	824
§ 5. Vervielfältigung und Verteilung	824
§ 6. Berichte gemäß Art. 50 c Abs. 3 B-VG	825
§ 7. Verteilung an von den Klubs namhaft gemachte Personen	825
§ 8. Wahrung der Vertraulichkeit	825
§ 9. Nachträgliche Veröffentlichung	825

Anhang A: Geschäftsordnungsrelevante Bestimmungen des B-VG	829
A. Allgemeine Bestimmungen	829
B. Europäische Union	833
Zweites Hauptstück: Gesetzgebung des Bundes	840
Drittes Hauptstück: Vollziehung des Bundes	867
Sechstes Hauptstück: Rechnungs- und Gebarungskontrolle	871
Siebentes Hauptstück: Garantien der Verfassung und Verwaltung ..	874
Achstes Hauptstück: Volksanwaltschaft	884
Anhang B: Prüfungsaufträge an den Rechnungshof gem § 99 Abs 2	886
Anhang C: Behandlung von Petitionen und Bürgerinitiativen (aus den Erl 1988)	909
I. Zuweisung	909
II. Behandlung im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen ..	910
III. Enderledigung	912
Im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen	912
Im Plenum	912
Anhang D: Anzahl der Ordnungsrufe seit 1945	914
Anhang E: Geschäftsordnung des ständigen gemeinsamen Ausschusses des Nationalrates und des Bundesrates im Sinne des § 9 Finanz-Verfassungsgesetz 1948 idGF	915
Anhang F: Informationsordnungsgesetz – InfOG (BGBl I 102/2014) samt Erläuterungen	921
Bundesgesetz über die Informationsordnung des Nationalrates und des Bundesrates (Informationsordnungsgesetz – InfOG)	
BGBl I 102/2014	922
Anhang G: Überblick über das Ermächtigungsverfahren für ESM-Angelegenheiten im Nationalrat	945
I. Beschluss, einem Mitgliedstaat grundsätzlich Stabilitätshilfe zu gewähren (Art 50b Z 1)	946
II. Memorandum of Understanding	947
III. Änderungen von Finanzhilfeeinstrumenten (Art 50b Z 3)	949
IV. Veränderung des genehmigten Stammkapitals und Anpassung des maximalen Darlehensvolumens des Europäischen Stabilitätsmechanismus sowie Abruf von genehmigtem nicht eingezahlten Stammkapital (Art 50b Z 2)	949
V. Weitere Zuständigkeiten des NR zur Mitwirkung an der Ausübung des Stimmrechts durch österreichische Vertreter im ESM	950

Anhang H: Informationspflichten der Mitglieder der Bundesregierung gegenüber Nationalrat und Bundesrat in EU-Angelegenheiten	951
I. Informationspflichten der Mitglieder der Bundesregierung	951
II. Rechtlicher Rahmen zur Einstufung von Informationen zu Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union, die dem Nationalrat oder dem Bundesrat zugeleitet werden	959
III. Die Dokumentenanfrage gemäß § 31 f GOG-NR bzw. § 59 a GO-BR	962
Anhang I: Mitwirkung des Nationalrates und Bundesrates an der EU-Rechtsetzung bzw EU-Willensbildung ..	964
I. Indirekte Mitwirkung am europäischen Gesetzgebungsprozess ..	964
II. Direkte Mitwirkung am europäischen Gesetzgebungsprozess ..	965
Anhang J: Einsetzungsverfahren von Untersuchungsausschüssen	970
I. Untersuchungsausschüsse aufgrund von Minderheitsverlangen ..	970
II. Untersuchungsausschüsse aufgrund von Mehrheitsbeschlüssen ..	976
Anhang K: Gesetzgebungsperioden (GP) des Nationalrates seit 1945	979
Anhang L: Ermächtigungs-BVG, Konsultationsmechanismus, Integration B-L	980
1. Bundesverfassungsgesetz über Ermächtigungen des Österreichischen Gemeindebundes und des Österreichischen Städtebundes ..	980
2. Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften	982
3. Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15 a B-VG über die Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden in Angelegenheiten der europäischen Integration	998
Anhang M: GO-relevante Bestimmungen des EUV, des AEUV und der Protokolle Nr 1 und 2	1005
I. EUV	1005
II. AEUV	1009
III. PROTOKOLLE Nr 1 und 2	1013
Anhang N: Unvereinbarkeits- und Transparenz-Gesetz	1021
Präambel/Promulgationsklausel	1021
Anhang O: EU-Informationsgesetz – EU-InfoG	1030

Inhaltsverzeichnis

Anhang P: Informationssicherheitsgesetz (InfoSiG)	1036
1. Abschnitt: Ziel und Anwendungsbereich des Gesetzes im Bereich der Dienststellen des Bundes	1036
2. Abschnitt: Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheinigungen für Unternehmen und Anlagen	1041
3. Abschnitt: Gemeinsame Bestimmungen	1044
Anhang Q: Geschäftsordnung für die Kommission gemäß Art 59b B-VG	1046
Anhang R: Parlamentsmitarbeiterinnen- und Parlamentsmitarbeitergesetz (ParlMG)	1051
Anhang S: Klubfinanzierungsgesetz 1985 – KlubFG	1060
Anhang T: Bundesbezügegesetz	1063
1. Abschnitt: Anwendungsbereich	1063
2. Abschnitt: Bezüge und Sonderzahlungen	1063
3. Abschnitt: Sonstige Ansprüche	1067
4. Abschnitt: Pensionsversicherung	1070
5. Abschnitt: Freiwillige Pensionsvorsorge	1072
6. Abschnitt: Schlussbestimmungen	1073
Anhang U: BVG über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionäre (BezBegrBVG)	1077
Anhang V: Anfechtungsmöglichkeiten beim VfGH gemäß Artikel 138b B-VG	1089
Stichwortverzeichnis: GOG	1095
Stichwortverzeichnis: VO-UA	1159